

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1919

34 (10.2.1919)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Abzügen od. am Postkassier monatlich 1.20 M., 1/4 jährlich 3.60 M. Zugestellt durch unsere Träger 1.80 bzw. 3.90 M.; durch die Post 1.84 M. bzw. 4.02 M.; durch die Feldpost 1.85 M. bzw. 3.90 M., vorauszahlbar. Ausgabe: Freitag mittags; Geschäftszeit: 1/8-1/4 u. 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die Spalt. Anzeigenzeit od. deren Raum 25 S., zugl. 30 % Druck- und Anzeigenzähl. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmestelle 1/2 Vorm. für größ. Aufträge nachm. zuor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Cie., Karlsruhe.

Zentrum und Regierung.

Der „Ländliche Beobachter“ veröffentlicht in seiner Nummer 61 vom 6. Februar ein Artikel, der sich mit der Regierungspolitik beschäftigt. Es wird darin darauf hingewiesen, wie gerechtfertigt die Anklage ist, die gegen die Regierung von dem Zentrum geäußert wird. Die Regierung hat sich von der vorläufigen Regierung getrennt. Die gegen das Zentrum im ganzen Lande inaugurierte Bewegung bilde den Hintergrund für die Anklagen.

Von einer solchen Bewegung kann wahrhaftig nicht gesprochen werden und wenn das Zentrum etwa andere, nicht ausgesprochene Gründe haben sollte, um in Oppositionsstellung zu gehen, so sollte es auch den Mut haben, die für sie maßgebenden Gründe herauszuheben. Die Sozialdemokratie in Baden hat es an logischer Klarheit beim Wiederaufbau von Ordnung und Recht im Lande nicht fehlen lassen. Sie kennt die Schwierigkeiten, in welchen sich unser Land und unser Volk nach dem Zusammenbruch der Herrschaft befindet und sie ist deshalb ohne jede Einschränkung der Auffassung, daß die Arbeit des Wiederaufbaues nur bewältigt werden kann, wenn alle Parteien im Lande tatkräftig mitarbeiten und, sofern das erforderlich ist, das Gesamtvolk über dasjenige der eigenen Partei stellen. Man kann es deshalb nicht für recht und billig halten, wenn eine dieser Parteien wegen der Kabinettfrage geküßelt wird. Wenn jede Partei für sich in Anspruch nehmen, daß man ihr Verhalten gegenüber den politischen Tatsachen in korrekter Weise würdige. Dabei aber darf man sich nicht von kleinlichen Vorurteilen leiten lassen.

Der „Ländliche Beobachter“ führt als ersten Grund für die Entfremdung des Zentrums die Vorgänge bei der Gewährung der einmaligen Steuererleichterungen an die Staatsbeamten und Arbeiter an. Er erklärt, Land und Land als würde in Gewissensbisse die Behauptung selbst, daß das Zentrum habe sich gegen die Gewährung einer solchen Zulage ausgesprochen. Herr Finanzminister Dr. Wirth sei, so würde weiter behauptet, ein persönlicher Gegner dieser Zulage im Kabinett und Staatsratsrat gewesen. Das Zentrum werde als unaufrichtig bezeichnet und solle für die Entfremdung nichts tun. Von einer solchen Entfremdung ist der Sozialdemokratie nichts bekannt worden. Sie weiß insbesondere nichts davon, daß in dieser Frage gegen das Zentrum im Lande Fluchblätter verteilt worden seien, wie gewöhnlich von Zentrumsländern behauptet wird. Wie dem aber auch sei, die Wahrheit darüber zu ermitteln, daß im Kabinett für die Gewährung der Steuererleichterungen ein einmütiger Beschluß zustande kam. Daß hierbei die Frage der Aufbringung der erforderlichen Mittel eine Rolle spielte, ist ganz selbstverständlich und der Herr Finanzminister hätte seine Pflicht im höchsten Maße beachtet, wenn er nicht auf die Forderung der Staatskasse und auf den unangenehmen Zustand der Staatsfinanzen im allgemeinen Rücksicht genommen hätte. In Rücksicht darauf ist dann ja auch der Beschluß zustande gekommen, mit der Nationalversammlung eine Vorlage auf Erhebung eines Steuernachtrages zu machen. Keine in der Regierung vertretene politische Partei kann ein Interesse daran haben, daß ein Staatskonkordat heraufbeschworen wird. Es ist aber auch nicht richtig, daß der Verkehrsminister, Genosse Rückert, bei der Gewährung der Steuererleichterungen ein unkorrektes Verhalten seinen Mitarbeitern gegenüber an den Tag gelegt hätte. Wichtig ist, daß in jener Sitzung des Kabinetts, in welcher die Anwesenheit zum ersten Mal zur Beratung stand, Herr Finanzminister Dr. Wirth verhindert war, zu erscheinen. Er war infolge dessen über die grundsätzliche Stellung des Kabinetts nicht genügend informiert und so mag es gekommen sein, daß er glaubte, der Verkehrsminister habe auf eigene Faust die Verhandlungen mit den Vertretern des Verkehrsministeriums abgeschlossen und damit das Kabinett getrieben. Daraus geht hervor, wie empfehlenswert es wäre, wenn das Zentrum sich erst richtig informiert hätte und mit ihm auch der Herr Finanzminister, ehe es sich zu einem Urteilen erregenden Schritt entließ.

Als weiterer Grund für ein Vorgehen ist das Zentrum an, der sozialdemokratische Abgeordnete Weichmann habe in veränderlicher Absicht die Stellung des Zentrums zum Koalitionsrecht herabgerückt. Auch dieser Grund ist nicht durchschlagend. Selbst wenn Genosse Weichmann bei seinen Ausführungen in einer karlsruher sozialdemokratischen Versammlung sich etwas unklar ausgedrückt haben sollte, kann das unmöglich einen Stoff dafür abgeben, der vorläufigen Regierung Schwierigkeiten zu bereiten. Wer die Verhandlungen in der Koalitionskommission mitlesen hat, der weiß, daß das Zentrum dafür eintrat, daß das Koalitionsrecht in der Verfassung für jedermann, also auch für die Staatsbeamten, gesichert werde. Wir Sozialdemokraten erklären im Koalitionsrecht des Recht auf Streik eingeschlossen. Die gleiche Auffassung vertreten auch die in der Kommission tätigen Vertreter der sozialdemokratischen Partei. Bekannte erklären zwar, daß über die Frage, ob das Streikrecht der Beamten im Einklang mit dem Beamtenrecht stehen könne, früher noch befürwortet zu werden sei. Nicht so die Vertreter der Zentrumspartei. Einer von diesen bestritt

gang entschieden, daß im Koalitionsrecht das Streikrecht inbegriffen sei. Wegen dieser Auslegung kam es dann zu scharfen Auseinandersetzungen. Der Hinweis der sozialdemokratischen Redner, die Auffassung der Vertreter des Zentrums werde in Kreisen der Beamten mächtige Erregung hervorzurufen, wurde als eine Trostung bezeichnet, die Beamten aufhören zu wollen. Davon kann natürlich keine Rede sein. Die Beamten wissen das Beste selbst zu treffen. Man hat schließlich in der Koalitionskommission, um dem Streit ein Ende zu machen, dem betreffenden Paragraphen der Verfassung den Zusatz beigegeben: Das Nähere wird durch das Gesetz bestimmt.

An diesem Vorgang läßt sich nichts denken, wenn man gewillt ist, bei der Wahrheit zu bleiben. Wenn die Erörterung über diese Frage dazu führt, daß das Zentrum in der Nationalversammlung der sozialdemokratischen Haltung beitrete, dann ist im Interesse der Freiheit viel gewonnen. Ursache oder Fortsetzung eine Kabinettkrise heraufzubekommen, liegt bei ruhiger Überlegung gar nicht vor.

Der „Ländliche Beobachter“ rügt schließlich noch das Verhalten des Herrn Ministers Dietrich in der Landesversammlung der badischen Handelskammer. Ohne der Erledigung dieses Streitfalles durch das Kabinett vorzuziehen zu wollen, müssen wir sagen, daß auch die Ausführungen des Herrn Ministers Dietrich Verwunderung abgeben könnten. Dieser Herr hat sich in der idyllischen Weise gegen die

Laagerwirtschaft ausgesprochen und die Maßnahmen der Regierung auf diesem Gebiete für verfehlt erklärt. Wir glauben bestimmt zu wissen, daß bis in die letzte Zeit hinein Herr Minister Dietrich den entgegengesetzten Standpunkt vertreten hat. „Seine Laite dem freien Handel, ehe nicht wieder ausreichende Vorräte an Bedarfsartikeln vorhanden sind“, war sein grundsätzlicher Standpunkt bisher gewesen. Herr Minister Trunk und die in Frage kommenden Ministerialdirektoren leiteten sich durchaus im Recht, wenn sie sich gegen den auf sie abgegebenen Schuß des Herrn Ministers Dietrich zur Wehr setzten. Das Wohl unseres Volkes erfordert gerade auf diesem Gebiete absolute Geschlossenheit der vorläufigen Regierung. Das Vertrauen gegen die Zentralverwaltung ist nicht zuletzt in Bayern und Württemberg außerordentlich groß. Gleichwohl kann man ohne Zwangsgewalt nicht auskommen, so lange es nicht gelingt, die Grenzen des Reiches für die Einfuhr von Lebensmitteln zu öffnen. Die Revolution ist gerade wegen des Mangels an Lebensmitteln derart außerordentlich gefährdet, daß man sich den Luxus einer verächtlichen Anwesenheit in der Regierung zu diesem Fragenkomplex nicht leisten kann. Man sollte meinen, es müßte möglich sein, auch über diese Streitfrage eine Verständigung zu erzielen. Aus ihr eine Kabinettfrage zu machen, das müssen wir allerdings auch sagen, wäre ungerührt. Es eignet sich dieser Vorfall so wenig wie die beiden andern vom Zentrum angezogenen Vorgänge

Deutsche Nationalversammlung.

Der Reichstag eröffnete die Sitzung am 8. Febr. Präsident Dr. Daut eröffnete die Sitzung um 3 1/2 Uhr. Zunächst wurde eine Reihe weiterer Glückwünsche und Telegramme verlesen. Sodann wurde das Ergebnis der Schriftführerwahl bekannt gegeben. Gewählt sind: Richard Fischer (Soz.), Dr. Neumann-Spöfer (Dem.), Stüdem (Soz.), Dr. Pfeiffer (Zentr.), Kempe (Deutsche Volkspartei), Volk (Zentr.), Matlewik (Deutschnational) und Frau Agnes (Unabh. Soz.).

Hierauf trat das Haus in die Tagesordnung ein und Staatssekretär Dr. Krenz ergriff das Wort zur Begründung des Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt.

Er führte u. a. aus: Wir sind heute ein Volk nach schweren Kämpfen, nach dem Verlust eines der gewaltigsten Kräfte der Weisheit, ein Volk aber, dem die Art, wie es an der Front und hinten im Lande die schweren Jahre durchgemacht hat, das Recht gibt, vertrauensvoll auf seine eigene Zukunft zu blicken. Es behält das, was durch die Revolution geschehen ist, kühnere der rechtlichen Ordnung und Fundamentierung durch die Nationalversammlung. Das Reich als solches, die Gesamtheit der deutschen Nation, von der wir ja nach den Kundgebungen dieser Tage hoffen und erwarten dürfen, daß sie sich durch den Zutritt unserer deutschen Brüder aus aller Reichsweite vervollständigen wird, ist der feste Bestand, den wir in der neuen Zukunft hinübernehmen. Auch in den Wirren der letzten Vergangenheit ist im Großen und Ganzen der ordnungsmäßige Gang der Geschäfte im wesentlichen aufrechterhalten worden. Ich glaube an dieser Stelle den Kräfte des Landes anzuerkennen, die sich ohne Rücksicht auf politische Überzeugung in den Dienst der Aufrechterhaltung der vaterländischen Ordnung und der Erledigung der vaterländischen Geschäfte gestellt haben, Anerkennung auszuweisen zu müssen. (Beifall) Ein großer und wichtiger Vorgang in unserem Volk geht nach starker Vereinstimmung, ein Antrag nach nur des Bewußt, sondern der harten materiellen Notwendigkeit. Will Deutschland nach allem was geschehen ist, wieder aufsteigen unter den Nationen, so muß es mehr noch als bisher seine Einheit beibehalten und stärken. (Sehr richtig) Aber der Gegenstand dazu liegt keineswegs bloß in den Tagen. Wichtig muß die es Wert auf dem Wege freundschaftlicher Verhandlung zugewandt werden. Es ist nicht zu verstehen, daß auch ein gewisses Verlangen, das auf dem Wege der Freilicht erreicht wird, wertvoller sein kann, als ein Verbot, das unwillig durchgeführt ist, das ist nicht möglich, denn, was das eigentliche und letzten der Gesamtheit der Nationen Schaden leiden. Darauf aber zu warten, bis eine solche Veränderung nach Möglichkeit durchgeführt ist, das ist nicht möglich, denn, was das eigentliche und notwendige für den Zustand unseres gesamten Vaterlandes ist, das ist, so schnell wie möglich eine rechtliche Ordnung zu gründen, die durch die Sanktion dieser souveränen Nationalversammlung die Organisation darstellt, die im Innern Deutschlands eine autorisierte Gewalt ausüben kann und die dem Ausland gegenüber über jeden Zweifel erhaben und leistungsfähig ist, im Namen des ganzen deutschen Volkes zu sprechen und zu handeln. Aus der Erkenntnis heraus, daß der Abschluß dieses Werkes zur Eile macht, ist der Entwurf der Festlegung einer vorläufigen Reichsgewalt hervorgegangen. Dieser Entwurf ist ein Kompromißentwurf, er kann seinen Anspruch auf Vollständigkeit machen. Gerade die schwierigsten Fragen, besonders die der Kompetenz zwischen Reich und Einzelstaaten und gewisse andere Kompetenzfragen müssen aber von vornherein ausgeschaltet werden, denn gerade über sie wäre nicht schnell eine Einigung zu erzielen. Diese Nationalversammlung hat von sich aus mit niemand zu verhandeln, sondern hat zu beschließen, aber sie hat selbstverständlich das Recht und die Pflicht, zum Ende des Ganges und zum ästhetischen Zustand kommen des Entwurfs die ihr zutreffende Souveränität selbst zu beschränken.

Über die Verfassung entscheidet die Nationalversammlung selbst einmütig mit der einzigen Ausnahme, daß der Gesamtzustand der Freistaaten nur mit der Zustimmung abgeändert werden kann. Anders als bei der Verfassung selbst soll der Gang bei den anderen zu erörternden Punkten sein, für die die Nationalversammlung in Frage kommt. Hier wird keine Zustimmung der einzelstaatlichen Vertretungen vorzuziehen, sondern die Zustimmung zu geben dem Gesamtentscheidungs und der Nationalversammlung. Weiter ist die Modalität vorgegeben, trittliche Kräfte im

Wege der Volksabstimmung zur Entscheidung zu bringen. Wir müssen und wollen uns mit den Vertretungen der Einzelstaaten einigen; wenn aber eine Einigung nicht zu erzielen ist, so war es früher zweifellos ein Rücksicht, daß der Regierung damit der Weg zum Reichstage versperrt war. Das ist jetzt beseitigt. Diese Veränderung ist von erheblicher Bedeutung, denn sie verhindert die Entwürfe der Reichsregierung von vornherein im Schilde der Einzelstaaten zu verwerfen. Staatssekretär Krenz kam dann auf die bereits bekannten Bestimmungen des Entwurfs über den Neuanbau des Reiches und das Reichsministerium um zu sprechen. Den alten ehrenwürdigen Vätern für das Ende Amt, erklärte Krenz, den Titel „Reichsminister“, haben wir zunächst in diesem provisorischen Gesetzgebungsgesetz angelehnt, sollte es aber der Wunsch der Nationalversammlung sein, etwas Besseres jetzt schon einzuführen, so stehen prinzipielle Bedenken keineswegs entgegen. Bei aller Unvollständigkeit darf man jedenfalls dem Entwurf zugute rechnen, daß er in keiner Weise die Wege verzerren wird, die bei der definitiven Verfassung zu gehen sind. Wir stehen jetzt vor der Aufgabe, die große nationale Republik zu gründen und keine der Bestimmungen dieses Entwurfs steht der definitiven Verfassung im Wege. Gewiß, es müssen Wünsche der Parteien, es müssen Wünsche der einzelnen Landesteile, es müssen auch Wünsche der Reichspräsidenten und des Reichsministeriums zu sprechen. Den werden, aber über all die Wünsche steht, glaube ich bei allen Teilen dieses hohen Hauses, die Liebe zum gesamten Vaterland. Mehr noch als im Blick steht es jetzt in Eämerz und Leid für uns alle: Deutschland über alles! (Beifall.)

Da keine Wortmeldungen vorliegen, war die erste Beratung geschlossen. Nächste Sitzung Montag nachmittag 3 Uhr. Zweite Beratung des Verfassungsentwurfs. Schluß nach 4 Uhr.

Der Arbeitsplan.

Der Reichstag, 8. Febr. Nach den bisherigen Dispositionen wird die Nationalversammlung nach Begründung des Verfassungsentwurfs durch den Staatssekretär Krenz in die Beratung der Vorlage erst am Montag eintreten, nach ist in Aussicht genommen, die erste, zweite und dritte Sitzung am Dienstag zu Ende zu führen, damit am Mittwoch die Reichspräsidentenwahl vorgenommen werden kann. Hierauf würde sofort das Kabinett gebildet, damit am 12. Februar, dem Tage der Verhandlungen über die Verlängerung des Waffenstillstandes, eine gesetzmäßige Regierung vorhanden ist. Wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, wird der Präsident der Nationalversammlung sofort nach Annahme des Verfassungsentwurfs ein Amt niederlegen, weil dort drei Präsidentenstellen, Reichspräsident, Ministerpräsident und Präsident der Nationalversammlung, allein in den Händen der Mehrheitspartei liegen würden. Dem Vorschlag nach wird der Zentrumspolitiker, Herr Reichard zum Präsidenten der Nationalversammlung gewählt werden.

Der Reichstag, 8. Febr. Der Nationalversammlung ist folgender Antrag der Unabhängigen zugegangen: Die Nationalversammlung ist sofort von Weimar nach Berlin zu verlegen.

Raut „Vorwärts“ gibt die Nachricht, daß die Nationalversammlung nach Döbern in Berlin tagen werde, zu weit. Der Antrag der Unabhängigen auf sofortige Verlegung sei aus schließlich, dagegen würden viele Abgeordnete, insofern der großen Unquemlichkeiten zu beraten, ob zu einem weiteren Zeitpunkt eine Verlegung nach Berlin möglich ist. Die Regierung nahm noch keine Stellung zu der Angelegenheit.

Weimar, 8. Febr. Pressmeldungen zufolge macht das Zentrum seine Beteiligung an der Regierung davon abhängig, daß die Trennung von Staat und Kirche in der Verfassung ausdrücklich ausgeschlossen wird.

ten
der
en-
er-
bil-
lige
Be-
25-
en,
es,
es,
74
ffungs-
rige.
im Teil der
Schwierigkeiten
engfügig ist
n entlassene
entlassene
de zum Um-
lassenen ihre
mandos gel-
begehrt
075
ando
s.
Karlsruhe
Krenz für
einen Aufruf
deutsche Volk
nieder Stolo-
denberhand-
alle Mit-
partien auf
handlungen
möglichst ein-
895
des
s vom Rosen
Monien.
vereins
sfähigkeit
en sämtliche
aller Stände
die das all-
interdikt in
de, Turnen,
Lehrerinnen
innen, 3 m
der Anstalt
die Anstalt,
r, Hauptleib-
2 Uhr oder
1048
vereins.
II
beiten.
aus Tietz
895

Beamte und Volksstaat.

II.

Die Beamten als Geistesarbeiter haben nicht weniger Interesse daran, den Volksstaat in seinem Bestand zu sichern, als die werktätigen Arbeiter. Sie als Pioniere der Zivilisation, wie die Lehrer als solche der Kultur, sind, wollen sie ihren Zielen entgegenstehen, nicht gebrungen, sich irgend einer Partei anzuschließen. Es ist nur ihr Nutzen, daß diese eine große politische Partei sei, aber sie muß, wie schon erwähnt, durch ihre Geschichte den Beweis erbracht haben, daß sie darauf aus ist und imstande ist, die freiherrlichen Volksrechte nicht nur zu erhalten, sondern auch auszubauen. Nur eine solche Partei wird auch die Rechte der Beamten achten und deren Forderungen, wenn sie mit dem Willen des Volkes sich decken, erfüllen können. Bürgerliche Parteien werden diesen Forderungen nicht gerecht. Es ist auch nicht eine bürgerliche Partei vorhanden, die frei ist von Gedankenengungen, politisch und damit auch beamtenfeindlichen Ideen. Die Zentrumspartei und der verflochtenen Konfessionen. Es wird wohl kein vernünftiger Beamter da sein, der sie in den neuen Meiden, die sich diese beiden Sündenrinnen angehen haben, nicht weberkennen wird. Sie gleichen alten bispingen Jungfern, die da meinen, ihre verlorenen Reize durch neue auffällige Gewandung und auffallende wie eine auf die Herzen gehende Parfüm ersehen zu können. Die Beamten haben es nicht vergessen, wie oft die beiden Parteien unter alter Firma an ihre alte Macken gelassen haben. Sie haben es beide von jeher verstanden, die Aufstellung des Christentums von seiner Herrschaft über die Beamten für ihre Zwecke brauchbar zu finden. Die Beamten brauchen nur die Erinnerung aufzufrischen, die sich an die Klänge um die gesellschaftliche Angleichung an die wirtschaftlichen Verhältnisse knüpfen, so wird in jedem einzelnen von ihnen Edam und Born aufsteigen. Schon über die Verdrücktheit und Born über über Ungeheuerlichkeit, die die beiden Parteien ihnen bauteil werden lassen. Nicht zu reden von dem Gohn, mit dem beide die Beamten noch zu übersehen belächeln, der die geringfügigen Lebensverhältnisse, die wirtschaftliche Lage der Beamten zu bessern, noch als besondere Beweise von Güte und Gnade hinzustellen pflegt. Das war in allen Bundesstaaten dieselbe Melodie und derselbe Text. In ganz Deutschland haben die Beamten dieselbe Tatsache in gleicher Abwandlung und steter Wiederholung weiß Gott wie oft erlebt, daß die Versuche der Beamten, ihre Forderungen durchzusetzen, von diesen Parteien einfach niedergeknüpelt wurden. Niemand ist es den Beamten gelungen, eine ihrer Stellung im Staate würdige Behandlung zu beschaffen. Anträge an der Reichsversammlung wurden entweder durch Übergang zur Tagesordnung verdammt oder sie wurden so beschleunigt, daß sie wertlos waren, oder aber brutal niedergestimmt. Wäre der Rührerstag des 9. November nicht gekommen, die Beamten würden jetzt noch in ihrem augenblicklichen Verfall unter der weitgehenden staatlichen Kontrolle. Dieser Verfall ist, der um der eigenen Augen der Antragträger und Wähler schmachten, der Agrar- und Schloßbesitzer, die keine Beamten auf's eifrigste verurteilten, warf sich in die Postur eines Kulturarbeiters und drohte mit seinen „freiherrlichen Erfindungen“, dabei droht er jedem Beamten, eine andere politische, religiöse und wissenschaftliche Überzeugung als die, welche den herrschenden Parteien gemein war. Es ist nicht nötig, Beispiele hierfür aufzuführen. Jeder Beamte hat dabei so oft überhört, daß es ein Unikum wäre, erst durch Beispiele zu erläutern.

Aus der Reihe der Beamten wurde oft genug genannt, gemacht; umsonst: die Unreaktionäre konnten und wollten deshalb keine anderen als gefällige Werkzeuge in den Beamten.

Mancher Beamte jetzt Geist und Hoffnung auf die neue Mitmachpartei der Deutsch-Demokraten. Wie gehen davon, daß die in der D.-D. P. aufgegangene national-liberale die „Beamtenfreundliche“ ganz eigentümlich beeinflussen werden — man hat ja in den letzten Tagen manchen Vorgesetzten von dem eigenartigen Liberalismus und Demokratismus als Folgeerscheinung der Fusion schon bekommen — waren die Herren Fortschrittler schon als Geldadpatrien nicht gewonnen, den Beamten mehr als was gerade unumgänglich war, zu genehmigen. Treffend kritisiert die D.-D. P. ein sozialdemokratisch gesinnter Beamter in der „Volksstimme“ vom 2. Januar d. J. in einem Aufsatz an die Beamten. Er schreibt:

„Wenn man ... die in der jetzigen demokratischen Volkspartei vertretenen Volksschichten und die Ungleichheiten der bisherigen Lebensbedingungen und gewöhnten die der Volksschichten sich vergegenwärtigt, wo Großindustrielle neben Kleinhandwerker, Warenhändler neben Kleinveräußern, Fabrikanten neben Arbeitern, die „gnädige“ Frau neben dem Dienstmädchen und schließlich der Minister neben dem Schuhmann Platz finden sollen, wenn man ferner berücksichtigt, daß die bisherige politische Denkweise ererbter Kreise, die den Grundgedanken des laisses faire, also das Recht des Stärkeren gegenüber dem Schwächeren vertreten, in der gleichen Partei weiterbestehen soll

neben dem demokratischen Prinzip, unter welchem die verschiedenen sozialen Klassen und Berufsstände und die dadurch hervorgerufenen individuellen Anschauungen und Bestrebungen gleichberechtigte Geltung erlangen sollen, so leuchtet ohne weiteres ein, daß dieses Parteigebilde entweder nicht von langer Dauer sein kann, oder aber, daß die in der Partei vertretenen Lebensauffassungen so wirken, daß, was der eine Teil will, der andere verhindert. Jedenfalls wird aber eine solche Partei ihre kapitalistischen Grundzüge niemals verleugnen. Sie wird es besonders nicht tun, in der künftigen Steuererhebung, in der man wieder alle wirtsch. Gründe für eine möglichst schonungslosste Behandlung des Großkapitals vorzubringen wissen wird auf Kosten der Massen, der Beamten und Arbeiter.“

Der unter den Beamten den Kamischwaren-Standpunkt, die Marktüberpolitik der Deutsch-Demokraten aus ihrem Gebahren während der Wahlen nicht erkannt hat, dem ist nicht zu helfen. Dem nicht nur noch eine Kaltwasserkur. Es haben die Fortschrittler nicht besser getrieben wie das Zentrum und die Deutsch-Demokraten werden nicht besser treiben, wie die beiden christlich-nationalen „Volks“parteien: Sie werden die Beamten — vollstündlich ausgedrückt — am Narrenfuß herumführen, wie dies ebendem gemocht haben Der Liberalismus und die kapitalistische Sozialdemokratie sind zur Unfruchtbarkeit verdammt. In ihrer Verpöpfung trifft das in erhöhtem Maße zu. Der Schlüssel in der Politik ist der, daß der Beamte sich durch sie gerade so geprellt sieht, wie durch die der Olfenreaktionäre. Die „Mittelklasse“, aber ich kann doch nicht „Kollid“ bezer, die 80 über die Brust und 60 über das Maul messen, (um einen alten Schwert, in dem abgeklärter und tiefer Ernst liegt, aufzuführen) ist der Beamtenschaft nicht minder unerwünscht als die der Ritter und Knechte.

Da in Bezug auf die Unabwägigen gesagt werden muß, daß die Beamten gegenüber wohl keinen andern Standpunkt einnehmen wie die Reichsbeamten, die Beamten an der Form der Kampfbühne aber sich stoßen und deshalb nur in sehr geringer Anzahl sich ihnen anschließen werden, kann schließlich über sie hinweggegangen werden.

Es kann nach dem Gesagten für die Beamtenchaft nur eine große politische Partei geben, die sie Gerechtigkeit leisten muß, will sie ein würdiges Glied im Gebirge des Volksstaates werden, und das ist die Sozialdemokratie.

Die bürgerlichen Parteien geben sich freilich alle nur erdenkliche Mühe, um die Beamten vor der Sozialdemokratie gewieft zu machen und mancher Beamte, dem noch die Angst vor „Bedenkens fähigen Dingen“ in den Weinen flößt, findet nicht die Kraft sich von diesem Gräueltat frei zu machen. Selbst wenn ihm der Verstand die Frage des Sozialdemokratischen Wählens-Wählens mit einem klaren Ja beantwortet, so ist er nicht unglücklich, wenn er die Partei den Rücken zu kehren, die ihm eng und allein aus dem tatsächlichen Vornehmen herauszukommen vermöchte: der Sozialdemokratie. Die Erhaltung der „Lagebeweise“ zu betonen, ist Sache einer weiteren Untersuchung. Grim.

W.B. Paris, 7. Febr. Havas. Der Oberste Kriegsrat tagte gestern nachmittag. Es wohnten ihm bei Präsident Wilson, die Ministerpräsidenten und Minister des Außen der 5 Großmächte, sowie die englischen Sachverständigen. Der Rat begann mit der Prüfung der Erneuerung des Waffenstillstandes. Er wird seine Beratungen heute zu Ende führen.

Deutsches Reich.

Die künftige deutsche Verfassung.

Es herrschen starke Meinungsverschiedenheiten über die künftige deutsche Verfassung. Die eine Richtung tritt für die Bildung einer starken Zentralgewalt ein, die andere vertritt die Auffassung, daß die partikularen Regierungen in den Einzelstaaten die Hauptträger der Staatshoheit sein müssen. Die Forderung dieser partikularen Regierungen gegen eine starke Zentralgewalt liegt in Minderen in den Sünden Eifers, der sich in dieser Beziehung von keinem Partikularisten älteren Schlags untersteht. Es handelt sich dabei in erster Linie um die Einschränkung der legislativen Kompetenz, vorerst der Nationalversammlung und später auch des lauernden Reichstages. Durch das Mitbestimmungs- und Vetorecht der Einzelstaaten, wie es früher von den noch in bester Erinnerung stehenden Bundesräte ausübt worden ist. Leider findet diese Strömung auch in den liberalen süddeutschen Staaten und bei den rührigsten Parteien Norddeutschlands, ja sogar in einem Berliner Kreise beträchtliche Unterstützung. Demgegenüber wird es dringende Aufgabe sein, in vereinigten Bemühungen den preußischen und bayerischen Partikularisten den starken Willen der Volkshoheit auf Schaffung einer übertragend starken Reichs-Zentralgewalt entgegenzusetzen. Alle die einsehen, daß nur die Kräftigung der inneren Reichseinheit das deutsche Volk insstand setzt, die sich türmenden Schwierigkeiten dieser Tage zu überwinden, werden sich dafür freuen müssen, um das Reichswohl gegenüber den partikularen Bewegungen sicherzustellen.

„Was ist Jüngling?“

Berliner Morgenblätter berichten über einen eigenartigen Vorfall. Als sich Karl Viel, nichts reuengehährlicher Sohn wieder zum Unterricht meldete, nachdem das Provinzial-Gymnasium seine Wiederaufnahme in das Städtische Gymnasium angeordnet hatte, erhoben sich seine sämtlichen Mitschüler, 8 Bismarck, von ihren Plätzen und erklärten, sie wollten mit ihm zusammen nicht mehr unterrichtet werden. Trotz des Zuredens des Lehrers und des Direktors, die betonten, man müsse doch rein menschlich mit dem jungen Mann Mitleid haben, blieben die 8 Bismarck bei ihrer Weigerung bei der Begründung: „Mit Mitleid haben wir kein Mitleid“. Bei er feigt es, sie wollten eine Erklärung ihrer Eltern beibringen, daß diese mit ihrem Vorhaben einverstanden seien, und sie drohten mit Streik, wenn der Versuch des Provinzialkollegiums nicht rückgängig gemacht werde. — Die „Deutsche Tageszeitung“ berichtet über diese Angelegenheit unter der Überschrift: „Wadere Jünglinge“.

Allein diese Stellungnahme des alldeutschen Schandbattes ist schon für den Fall bezeichnend. Wir vermögen in dem Verhalten der Herren Städtischer Bismarck keine Spur von Tapferkeit, sondern nur ein Gefühl niedriger gemeiner Gesinnung, dazu Dummheit und Frechheit zu erblicken. Erliegt steht den Schülern überhaupt nicht das Recht zu, so streifen oder nur mit Streik zu drohen. Sie können sich — außerhalb der Schule — politisch betätigen, wie sie und ihre wertigen Eltern es wollen. Können an Wahltagen Dienste für die deutschnationale Volkspartei leisten, Propagandaflügel verteilen. Aufgedruckten an sämtliche geeigneten Bundesstellen unterzeichnen und in der nächsten Konvention eine Kandidatur beantragen, aber was Karl Viel nicht und sein Sohn in den letzten Monaten getan hatten, geht sie und ihre Eltern für den Bereich des Unrechts gar nichts an.

Wenn: Viel nicht zum Bürgerrecht gehet, durch seine Schand und uneheliche Lebensweise zugrunde gegangen und sein Sohn hat sich als ein Bürgerrecht betätigt. Aber für die bürgerlichen Jünglinge, denen die „Deutsche Tageszeitung“ ihre Bewunderung ausdrückt, für sie ist die letzte, die ein Recht haben, sich darüber zu entäußern. Was würde die „Deutsche Tageszeitung“ schreiben, wenn das sozialdemokratische Proletariat, das heute die Macht hat, mitteillos gegen diese mittellose Bourgeoisie wüten wollte? Wenn sozialdemokratische Bismarck sich weigern würden, neben dem Sohn des Generals von ... zu sitzen? Da zu noch fünf Tage nach dem Begräbnis dieser Erzellen? Sie würde ganz gewiß die Rute für diese „wadere Jünglinge“ empfehlen. Wie auch.

Ausland.

Berlin, 8. Febr. In Russland erfolgt der Rat der Regierung einen Aufruf, im Hinblick auf Lechnichs Tod die Borkerei ungen zum Einmarsch in Russland und zur Vereinigung mit Sparta zu beschleunigen. Die Zeitungen sind mit Trauerkandern versehen.

W.B. Bern, 8. Febr. In der vorgelagerten französischen Kammer ist die in der Regierungsvorlage über die Verfassung des Bundes mit Lebensmitteln angebracht wurde, wurden von den Zeitungen des Publikums als „Eingekerkert“ der Regierung und der Bauarbeiter des Seinedepartements in den Sitzungssaal geworfen. Die Aufhebung an die Deputierten wählten, weniger zu reden und mehr dafür zu sorgen, daß Best auf den Tisch der Arbeiter komme. Die Flugblätter fordern Reichsregierung für die Arbeiter, die die Arbeitslosenunterstützung in der jetzigen Form als demütigend bezeichnen.

W.B. Luzern, 7. Febr. Die Kammer nahm den Antrag, wodurch den Frauen das Stimmrecht für die Wahlen zuerkannt wird. Die Altersgrenze ist das 21. Lebensjahr. Die Wählbarkeit beginnt vom 25. Lebensjahre an.

W.B. Wien, 7. Febr. Amtlich. Die Volksabstimmung in Kärnten ist heute in 62 Gemeinden des streitigen Gebietes beendet worden. Die Zahl der stimmberechtigten Wähler betrug 74.447, abgegeben wurden 61.809 Stimmen, davon für Deutsch-Oesterreich 61.491 und für Südslawen 360. Ferner wurden 48 unbeschriebene Zettel abgegeben.

W.B. Brüssel, 7. Febr. Das Automobil Vandevelde ist mit einem Tandemswagen zusammen. Vandevelde wurde am Kopfe schwer verletzt.

Das verlassene Dorf.

Roman aus dem Dreißigjährigen Kriege von Friedrich Thieme.

(Nachdruck verboten.)
(Fortsetzung.)
3. Kapitel.

An all dies dachte die arme Margarete, als sie an jenem wachsenden Morgen in ihrem Bett lag. Sie sah — was für ein schauriger Anblick! Wirklich ein Grab — konnte sie auch Rettung und Beschäftigung verlangen? Sie raffte das Stroh auf dem Boden des Verliehes zusammen, um sich einen weichen Sitz zu schaffen und reichte dem Bodechen eine Handvoll des reich im Stall aufgenommenen Grajes, doch das Tierchen wollte nicht fressen in der Finsternis und lag wie betäubt auf ihrem Schoße.

Vielleicht war es ein Unrecht gewesen, es einzuweihen? Aber gewiss es nicht ebenfalls zur Erhaltung seines Lebens? Und ihr selber dachte die Gefangenschaft minder jährlüch in Gesellschaft des Tieres — es war doch etwas Lebendiges, das sie umschloß hielt. Sie schloß sich nicht so allein, so verlassen, so begraben!

Und wenn ein Unglück sich ereignete — besser hier erstickt als in die Hände dieser Lützen fallen! Schaudernd dachte sie an eine junge Maid im Fränkischen, von der erzählt worden, sie hätte sich aus Furcht vor den Soldaten in einem leeren Sarge verborgen, und er war ihr wirklich zum Sarge geworden; denn als man den Sarg aufschloß, war sie tot! Margarete schloß sich ängstlich nach der kleinen Öffnung, durch welche die Luft hereinströmte. „Gott sei gedankt“, murmelte sie, denn die Mähre war offen. Sie fühlte es ja überdies an dem eifigen Schnupfen, der durch sie von draußen hereinwehte! Die Mähre diente ihr als Sprachrohr, der starke Erdbelag über ihr hätte gewiß alle Töne gedämpft, aber durch die Öffnung drangen weitaus die röhrenderen und lautereren Geräusche an ihre gespannt lauschenden Ohren.

Denn sie hatte in der Tat in unerhörter Spannung der Vorgänge auf der Oberfläche. Und was sie hörte, war nicht

gesehen, sie ruhte zu stimmen. Garten und Hof eritterten unter dem Getrappel der Pferde und Soldaten: rauher Stimmen Fluchen und Schreien, Getöse von Weibern und Kindern mischte sich zu einem unartikulierten Getöse. Das ganze Bestium schien von Menschen zu wimmeln. Der arme, arme Vater! Er ganz allein hatte all diesem Drängen und Bestimmen standzuhalten! Wütend stießen ihre Tränen in die Nacht ihres Herkes, zu heiligem Gebete preßten ihre Hände sich ineinander.

„O Gott, Gott, warum läßt Du so Gräßliches geschehen!“ stöhnte sie leise, aber reuenvoll wies ihr frommes Herz logisch die aufsteigenden Zweifel an der Gerechtigkeit und Güte der Vorsehung zurück. So verrann lange Zeit — Stunden mußten es sein nach ihrem Empfinden, doch war sie sich selber nicht klar über die Richtigkeit ihres Gefühls; denn ihr wurden diese Minuten zu Stunden. Einmal fing ihr Herz in jähem Entsetzen zu klopfen an. Schallendes Gundegebell unterdrückte jäh die Stille, dem ein Zusammenlaut laut brüllender, jöhender Menschen folgte. Allerdings unterdrückte sie kaum einzelne Töne, zu viele Stimmen mischten sich ineinander, auch war der Schauplatz des Auftritts wohl zu weit von ihr entfernt. Nur das Wort „Loch“ drang ein- oder zweimal deutlich zu ihr; und es klang fremdartig und hoch durch die enge Öffnung.

Gott, die milde Tat die Öffnung entdeckt und den Sarg verließ errotet?

Am ganzen Leibe zitternd, horchte sie aufmerksam. Doch die Töne verloren sich bald wieder. Würde man nun nach ihrem Aufschreie forschen? Alles blieb indessen ruhig, für einige Zeit trat sogar eine Stille ein, die ihr Gemüt fast noch mehr bedrückte, als vorher der Trubel und Lärm.

Was würde nun kommen? Fast wie eine Ahnung preßte es sie. Sie hörte ihr Herz laut und lang gegen die Brust klopfen. Sie brauchte nicht lange zu warten. Ein größeres Schreien, ein marbrandringendes, jähliches Schmerzergeüll gellte bis hinab in ihre Gruft. Gerechter, allmächtiger Gott im Himmel! Das war ihres unglücklichen Vaters Schrei! Was nahmen die unbarbarischen, rachsüchtigen Menschen mit ihm vor? Gewiß wurde er gefoltert, um von ihm

das Bekenntnis verborgenen Geheiß zu erpressen, der bemitleidenswerte Mann besch ja nicht, gar nichts mehr, er konnte nicht sprechen! Um so mehr aber würden sie ihn peinigen.

Nein, sie konnte nicht mehr bleiben! Hin aus, hinaus, war ihr einziger Gedanke. Mit bebender Hand faßte sie die neben ihr liegende Axt und führte Schläge gegen die Falltür — wohl achtete sie, ihre Selbstverwundung war nur durch Stundenlange, angestrengte Arbeit herbeizuführen, aber vielleicht hörte man sie und forschte nach ihr in der Hoffnung, die verdammtenen Schätze zu entdecken! Mit Anspannung aller ihrer Kräfte arbeitete sie, — da gedachte sie ihres Schwerts und ließ grammvoll die Arme sinken.

Sie hatte gekämpft — mit einem Eide sich zur Dammacht verurteilt! Beging sie nicht eine Todsünde, wenn sie ihrem Vater den Eid brach? Würde der alte Mann nicht noch mehr leiden, wenn er auch sein Kind in den Händen der Räuber erblickte? Und hatte er nicht recht — vermochte sie ihm denn zu helfen? Sie, ein schwaches Weib?

Nein, gewiß nicht — und doch empfand sie es als eine Schmach, hier in talentloser Sicherheit zu sitzen, indes ihr Vater, der alte Mann von den Soldaten gemartert und vielleicht erschlagen wurde! Das ging über Menschenkraft! Vermeint vermochte doch ihr inbrünstiges Gebete die Herzen der Kriegsmänner zu erreichen — und wenn nicht, so konnte sie wenigstens schreien, konnte mit ihm sterben! Auch darin lag ein Trost für sie!

Wieder hub sie zu klopfen an und wieder mars, als läße sie keinen traurigen Blick, mit dem er sie anredete, und vernahme das Gebete und Warten seines Mundes: „Schwöre es mir — Du vermagst mir nicht zu helfen, was sie mir auch antun — Du gehst höchstens mit mir zu runde — und Dein Anblick vermehrt noch mein Leiden. Gelobe es mir, Margarete, sei geschorn!“

Es ob! Kämpfe des Sorgens, in denen auch der edelste Mensch sich des rechten Wegs nicht beruht: ist — wievieljährig: ist die kein Seeherren, kein Philosoph zu Wien vermag. Was war in diesem Falle das rechte?

Schmerzhaft sank das tallose, gequälte junge Mädchen in sich zusammen. (Fortsetzung folg.)

Ein ...
Von ...
Die ...
in der ...
Streif ...
jeder ...
Deut ...
Humm ...
rüber ...
D ...
Streif ...
gehe ...
Streif ...
jeder ...
gewon ...
gen je ...
Es lie ...
rgelien ...
sich in ...
zia ...
Die ...
Feld ...
Gumm ...
mir ne ...
Sitzung ...
Streif ...
ti ...
mit, all ...
fung d ...
fert. In ...
in deren ...
für ...
Revolut ...
sich die ...
entfaltung ...
Erma ...
bürgerliche ...
dieser ...
Beamt ...
Streif ...
die ...
auch das ...
den muß ...
sozialdem ...
schweigen ...
sicher me ...
Auf ...
Wir ...
handlung ...
unmöglich ...
lung aus ...
weil ...
weil ...
das ...
die ...
Staat ...
während ...
gleichbed ...
zur ...
Die ...
Lande ...
wieder ...
auf dem ...
er auch ...
Arbeiter ...
Bard ...
der ...
Sache ...
heils ...
n ...
wirklich ...
wären, ...
nicht in ...
Führer ...
in der ...
wohl ...
Sand ...
während ...
die ...
Lande ...
wie ...
um so ...
eine ...
bekunden ...
schick ...
die ...
Lande ...
und es ...
Wenn ...
bitter ...
die ...
gehören ...
aus ...
gründ ...
Mens ...
waren, ...
kam ...
die ...

Eisner und die Kinder. In Hamburg haben Frauen und Kinder vor der englischen Lebensmittellieferantenkommission demonstriert, um die Not der Kinder vor Augen zu führen. Auf die Engländer machte dieser Zug des Glubs den größten Eindruck. Zur gleichen Zeit erklärte Kurt Eisner in Bern, Deutschland habe kein Recht, über die Hungerelenden zu jammern. Deutschland sei schuld am Krieg und habe diese Schuld zu büßen. — Demnächst werden also die hungernden Frauen und Kinder des deutschen Proletariats zunächst vor Kurt Eisner zu demonstrieren haben, der sich gewissermaßen erweist, als selbst unsere erbittertesten Gegner.

Baden.

Zum Streikrecht der Beamten.

Eine Antwort an Herrn Professor Gummel. Von einem Mitglied der Verfassungskommission wird uns geschrieben:

Die Aufstellung der Frage des Streikrechts der Beamten in der Verfassungskommission hat in der Bad. Revue eine Artikelstimmung hervorgerufen. Das Revue um in Betrachtend nicht sich zu Unrecht angegriffen, wenn man im nachhinein, sei es in der Verfassungskommission gegen das Streikrecht der Beamten aufgetreten. An dieser Tatsache ist jedoch nicht zu denken und nicht zu denken. Auch die Deutsche demokratische Partei rückt mit Erklärungen heraus, die recht eigenartig anmuten. Herr Prof. Gummel schreibt in der Samstagnummer des „Karlsruher Tagblatts“:

„Das Streikrecht ist ein Mittel zur Anwendung des Streiks. Die Juristen des Zentrums haben auf dem entgegengelegten Standpunkt. Sie erziehen im Streikrecht das Streikrecht nicht ohne weiteres (inbegriffen). Dieses Recht zu streiken hat jedermann, solange nicht Staaten auf den Streik gesetzt sind. Niemand denkt daran. Ein Streik wird nämlich gewonnen oder verloren. Wer den Streik gewinnt hat ihn eben gewonnen. Wer ihn aber verliert, hat gewisse Rechtsfolgen. Je nach seinen Arbeitsbedingungen auf sich zu nehmen. Es liegen also doch ohne Schuld von irgend einer Seite Schwierigkeiten vor, die nicht gelöst werden können dadurch, daß man sich in der Verfassung darüber auspricht, wie es die Sozialdemokratie tun möchte.“

Wie Herr Prof. Gummel zu einer solch unrichtigen Behauptung gelangen kann, das ist uns unerfindlich. Herr Gummel ist nicht Mitglied der Verfassungskommission und wir nehmen zu seiner Aufschuldung an, daß er in dem Sitzungszimmer nicht zugegen war, als über die Frage des Streikrechts verhandelt wurde. Die sozialdemokratische Partei hat in dieser Frage haben in der Kommission mit allem Nachdruck und ohne jede Einschränkung das Streikrecht für die Beamten gefordert. An diese Forderung knüpfte sich eine bewegte Debatte, in deren Verlauf der Schreiber dieser Zeilen den Herren der Sozialdemokratie erklärte, er könne sich nicht nach der Revolution über das Land begeben, nicht denken, daß sich die Familien der Angestellten des Staates die weitere Verankerung des Streikrechts gefallen lassen würden. Diese Ermahnung wurde als Drohung aufgefaßt und als solche von bürgerlicher Seite zurückgewiesen. Von sozialdemokratischer Seite wurde im Hinblick auf diese Kontroverse auf das Beamtenrecht hingewiesen, das im Falle der Anwendung des Streikrechts den Beamten verschiedene Schwierigkeiten bietet. Die sozialdemokratischen Redner haben es als ganz selbstverständlich vorausgesetzt, daß wir die andere Seite so auch das Beamtenrecht, später der Verfassung angepaßt werden muß. Wie Herr Gummel da nun sagen kann, die Sozialdemokratie möchte sich darüber in der Verfassung ausprechen, das ist nach Feststellung vorstehender Tatsachen sicher mehr als ein Mittel. Oder soll etwa die Verfassung mit Ausführungsbestimmungen besetzt werden?

Wir hätten es gerne vermieden, auf den Gang der Verhandlung in der Kommission hinzuweisen, es läßt sich aber unmöglich dünden, daß ein Mitglied der Nationalversammlung aus irgend weiser Weise verhandelt, lediglich deshalb, weil jetzt eingetreten ist, womit jeder Parlamentarier rechnen muß, und was wir in vorstehendem als selbstverständlich annehmen, daß sich die Beamten nämlich nicht mehr als Bürger zweiter Klasse behandeln lassen. Die Einzelne und sonstige Staatsangehörigen erklären sich nach ihren Minderleistungen während des Krieges als mündig, und damit muß auch die gesetzgebende Nationalversammlung ernstlich rechnen. Dies zur Strenge der Wahrheit!

Die Abschaffung der Meiballe. Von einem Arbeiter vom Lande wird uns geschrieben: Der „Volksheld“ hat sich schon wiederholt mit der Arbeitslosigkeit und dem Arbeitermangel auf dem Lande bei der Landwirtschaft beschäftigt, u. a. brachte er auch die Mitteilung, daß in der Landwirtschaft etwa 600 000 Arbeiter fehlen würden. Man kann der Aufforderung um eines Arbeitslosen, die Arbeitslosen sollen aufs Land gehen und der Landwirtschaft helfen, gewiß nur zustimmen. Allein, der Sache hat auch eine andere Seite. Man kann von dem Arbeitslosen nicht gut verlangen, kann vor allem auch seinen moralischen Fortschritt nicht auf sie ausbauen, daß sie nun sich in der Landwirtschaft betätigen möchten, solange noch Massen von Landwirten, Söhne und Töchter vom Bauern, die ihr Leben noch nicht in der Industrie beschäftigt waren, die über die Arbeiterländer nicht abfällig und dochmäßig genug urteilen konnten, in der Industrie beschäftigt sind. Die Herrschaften wäre es wohl schon recht, wenn die Industriearbeiter jetzt die Arbeit der Landwirtschaft für die paar Pfennige begeben, die man während des Krieges den Gefangenen gegeben hat, während die Landwirte selbst für hohen Lohn sich Arbeit in der Industrie suchen und auch reichlich fanden. Ihre Arbeit wurde um so lieber angenommen, als mit ihrer Beschäftigung auch eine reichliche Versorgung des Arbeitnehmers mit Lebensmitteln verbunden war, denen dadurch das „Lurdalkalten“ so sehr erleichtert wurde. Jetzt möchten sie wohl die Ertragsminderungen, die die Revolution den Arbeitern brachte, ganz ruhig in die Tasche stecken. Hier könnte die Regierung helfen eingreifen, und es wären damit zwei Fliegen mit einem Schlag zu treffen. Wenn alle, die ihr Brot bekommen hätten, aus der Industrie entlassen würden, so wäre wieder Platz für etliche Tausend Arbeiter geschaffen. Der Landwirtschaft würden außerdem auch die Arbeiter zugewandt, die auch tatsächlich zur Landwirtschaft gehören. Nichts wäre da jedoch angebracht, denn mir ist schon so oft Kriegen das Wort erinnert, das sich, als das nächste Menschenmorden aufhörte: Jetzt muß der Krieg aufhören, wo man für den Zentner Weizen 80 Mark bekommen konnte, oder: „Gäbe der Krieg doch noch so lange gedauert, als unter Tabak fort oawien wäre“. Wenn diese Leute, die

immerhin zu Hause ihr Auskommen, ihre Nahrung haben, sich nicht moralisch für verpflichtet halten, den Arbeitern Platz zu machen, dann müssen sie eben auf andere Weise dazu gezwungen werden. Der Arbeiterbewegung gegenüber zeigten sie ja auch kaum irgend welches Interesse, standen ihr sogar zum Teil feindlich gegenüber.

Sitzung des Zentralkomitees der bad. Zentrumspartei. Das Zentralkomitee der bad. Zentrumspartei trat am letzten Montag in Offenburg zu einer Beratung zusammen, an welcher die Abgeordneten der Nationalversammlung, wie auch die Verleger und Redakteure der Parteipresse teilnahmen. Die Vertreter der Zentrumspresse hatten am Sonntagabend eine Sonderveranstaltung gehabt, in welcher alle zur Zeit wichtigsten wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen der Parteipresse einer Beratung unterzogen wurden. — In der Sitzung des Zentralkomitees gab zunächst Finanzminister Dr. Wirth einen kurzen Überblick über die Lage im Reich, wie in Baden. Im Anschluß an das Referat, in welchem der Redner ein düsteres Bild unserer gegenwärtigen Lage malte, wurden die neuen Satzungen für die Landespartei durchberaten. Der Entwurf baut die Organisation auf Orts- und Bezirksauschüsse auf, an deren Spitze der Hauptauschuss, der geschäftsführende Vorstand und die Landesverwaltung stehen. Die Wahlen zu den verschiedenen Ausschüssen erfolgen nach dem Mehrheitsystem. Dem Entwurf, der u. a. auch die volle Gleichberechtigung der männlichen und weiblichen Mitglieder vorsieht, wurde lt. „Bad. Beobachter“ in seinen Grundzügen zugestimmt. Nach dem Referat wurde anstelle des wegen hohen Alters zurücktretenden Hauptgeschäftsführers Dr. Wirth in Offenburg zum Hauptgeschäftsführer gewählt. Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde über die Ausgestaltung der Agitation berichtet. Es folgte ein Referat des Hrn. Wittenmann über den Wahlausfall und die derzeitige politische Lage. In der Aussprache wurde auch die Frage des Koalitionsrechts und der Steuerungsfrage in den Bereich der Beratungen gezogen.

Die Ausführensatzungen nach der Revolution. Es werden öfters Zweifel geäußert, ob über die zur Gewährung von Volksrenten vorgesehenen Reichs- und Staatsmittel auch nach den politischen Umwälzungen tatsächlich verfügt werden kann. Nach einer Aufzählung des neuen Reichsfinanzsystems für das Rechnungswesen, des Regierungsrats Scheidt, sind die Volkseinkünfte selbstverständlich mit der Auszahlung des genehmigten Betrages von 100 Millionen Mark einherfallen. Schritte zur Eröffnung dieser Mittel auf 500 Millionen Mark sind bereits getan. Auch in Baden werde, wie der „Bad. Beobachter“ mittelt, die Volkseinkünfte gegeben und zwar werden das Reich drei Sechstel, der badische Staat zwei Sechstel und die Gemeinde, in welcher der Bau errichtet wird, ein Sechstel der Zuschüsse übernehmen. Allerdings können diese Beträge nur in demjenigen Gemeindegebiet gezahlt werden, in denen ein dringendes Bedürfnis an kleinen Wohnungen vorhanden ist.

Einschränkung der Pferdebeschlagnahmen. In der letzten Zeit haben die Behörden die Beschlagnahme gemacht, daß auch vielfach Gebrauchspferde in größeren Mengen aufgefahrt und zum Zwecke der Schlachtung aus Baden ausgeführt worden sind. Da die Erhaltung aller noch zur Arbeit verwendungsfähigen Pferde für landwirtschaftliche und gewerbliche Betriebe dringend geboten erscheint, und da eine allseitige Ausfuhr von Pferden vermieden werden muß, sind die bisherigen Bestimmungen über die Beschlagnahme resp. die Ausfuhr von Gebrauchspferden verändert worden. Die Regierung hat nun verordnet, daß auch der Verkauf oder die sonstige Veräußerung von aus Baden stammenden Pferden ohne Genehmigung der Behörden zulässig ist.

Ein Verzicht für die nationalliberale Partei. Das langjährige Mitglied der zweiten Kammer, Dr. Wirth, hat am 11. Februar, im Alter von 62 Jahren an den Folgen eines Schlaganfalls gestorben. Seit dem Jahre 1899 hat der Entschlafene der zweiten Kammer angehört. Während einer der letzten Sitzungen des im Sommer vorigen Jahres zu Ende gehenden Landtags wurde er von einem Schlaganfall befallen, von dem er sich nicht mehr erholte. Als Mitglied der nationalliberalen Partei vertrat er in der Kammer nicht allein die Interessen seines Bezirks, sondern trat besonders bei Erörterung landw. Fragen hervor. Viele Jahre hindurch war er auch Schriftführer der zweiten Kammer und in verschiedenen Ausschüssen tätig. Auch hatte er verschiedene Ehrenämter in Gemeinde und landw. wirtschaftlichen Organisationen inne.

Durlach, 9. Febr. Die Volkwehr beschlagnahmte drei Körbe mit etwa 3/4 Zentner Rindfleisch, das für Karlsruhe bestimmt war. * Weidenheim, 9. Febr. Eine durchgehende Meiballe fuhr, da der Liebezang nicht abgepaßt war, in eine das 3/4 passierende Eisenherde, wobei gegen 20 Schafe getötet wurden.

Offingen, 9. Febr. Von schwerem Eis wurde unter Stadtdirektor Bürgermeister Hugel betroffen. In der Mitte der Jahre hat ihm seine Frau an Grippe. Ein glückliches Familienleben hat der unerwartliche Genatod Tod jäh gerissen. Am Begräbnis nahm die Einwohnergesellschaft großen Anteil, der Gemeinde rat vollständig, ebenso die städtischen Beamten und Bediensteten, und die Einwohner aus allen Bevölkerungsschichten.

Wittichen, 9. Febr. Einem Landwirt wurde ein Schwein aus dem Stall gestohlen. — Zwei Döbe entwenden hier ein Schwein, werden es fort und schlachten es halbwegs nach Wollach. Sie bel wurden sie erlapp.

Wern, 9. Febr. Auf dem hiesigen Bahnhof wurden von der Gendarmerie zwei Eisenbahnwagen mit rund 2000 Liter Branntwein, einem Zentner Zucker, Säuren und Bohnen beschlagnahmt. Die beiden Wagen waren als Weinbindung und Umzuggut deklariert. Käse kost bleibt, wie eine beträchtliche Menge Branntwein ohne Wissen der Wahnbehörde verladen und dazu noch falsch deklariert werden konnte. Die beiden Wagen waren auf Staat an Offenhöfen geladen worden.

Wern, 8. Febr. Manche Köpfe scheinen von der neuen Zeit noch nicht gelehrt zu haben. So läßt die hiesige „Volksheld“ ihre Mitglieder in das Finanzamtsgelände zu einer Generalversammlung ein, also in ein staatliches Dienstgebäude, dessen Heizung und Beleuchtung auf Staatskosten geschieht. Der Vorstand der Gesellschaft ist der Vorstand des Finanzamtes. Würde das Finanzamt aus dem Gewerkschaftscharakter zu einer Generalversammlung zur Verfügung gestellt, geht und beabsichtigt werden? Selbst wenn mit der Generalversammlung ein Abbruch des bestehenden Vorstandes veranlaßt wird, muß gegen diese einseitige Verlegung eines staatlichen Gebäudes für Privatwende einer Vereinigungsgesellschaft Einspruch erhoben werden.

Offenburg, 9. Febr. Eiderem Vernehmen nach bestmöglichst die französische Regierung wünschentlich durchschmittlich 1200 Personen, die aus Offenburg ausgewiesen werden, über Offenburg abgeben zu lassen. Es sind laut „Offenb. Bg.“ Unterhandlungen im Gange damit die Transporte nicht auf einmal, sondern geteilt ein treffen. — Offenburg und Appenweier, sind mit Flüchtlingen aus Straßburg und Orten des Saarlandes überfüllt. — Wie das Bezirksamt Offenburg mittelt, sind vorerst über den Verkehr mit den Gemeinden des Brückenpöschels keinerlei Vorkehrungen ausgegeben. Ausweise, die von einem Bürgermeisteramt ausgestellt und mit dem Dienststempel versehen waren, wurden von den französischen militärischen Stellen nicht beachtet.

Oegenbach, 9. Febr. Eine hier abgehaltene Delegiertenversammlung der Vereinigung aktiver Unteroffiziere, zu welcher Ver-

treter sämtlicher Regimenter und Standorte des 14. A. R. erschienen waren, beschloß geeignete Vertreter in das Kriegsministerium zu entsenden, um dort auf die Erfüllung der gestellten Forderungen, die hauptsächlich die Zukunft der Unteroffiziere betreffen, zu dringen.

Geislingen, 7. Febr. Der stürzte das Vrenal des Gastwirts Spinnagel aus Griesen durch Scheuen der Pferde um. Von den drei Insassen wurde einer schwer verletzt.

Konstanz, 7. Febr. Der bekannte Flieger Ernst Schlegel hat eine Denkschrift über die Organisation des deutschen Flugwesens ausgearbeitet, in der er eine amtliche badische Vertretung im Reichsluftamt und für Baden ein besonderes badisches Luftamt fordert.

Protest der ausgewiesenen Offizierskinder.

Freiburg i. Br., 7. Febr. Gestern abend nahm eine sehr zahlreich besuchte Versammlung betrübener Offizierskinder eine Entschlußfassung an, in der die deutsche Nationalversammlung in Weimar um Schutz und Hilfe gebeten wird wegen der Notlage, in der die Vertriebenen sich augenblicklich befinden und in der protestiert wird gegen die dem Wasserstillstandsvertrag, dem Völkervertrag und der Menschlichkeit zuwiderlaufenden Massenausweisungen und schmachvolle Behandlung der vertriebenen Offizierskinder. Gleichzeitig bittet die Versammlung um Gewährung fortlaufender Vertriebenenunterstützung aus Reichsmitteln, um Reichszuschuß für genossenschaftliche Darlehenskassen für die Vertriebenen zur Erleichterung ihres wirtschaftlichen Wiederaufbaues, um schleunige Aufnahme der vertriebenen Beamten, Geistlichen usw. in den Reichsdienst und in den hierzu verpflichteten Bundesstaaten.

Die Franzosen im Harzverland.

Offenburg, 8. Febr. Die aus Straßburg und dem Elsass hier angelommenen Flüchtlinge erzählen, daß zwar in Straßburg Lebensmittel in Fülle vorhanden sind, daß sie jedoch bei den dort geübten Preisen der Mehrheit der Bevölkerung unzugänglich bleiben. Die Wohnungen in Straßburg sind vielfach auf die Hälfte des früheren Wertes herabgesunken. Mit Absicht hört man von den Offizieren, namentlich von den afrikanischen Truppen, geühten Ausschreitungen auf sittlichen Gebiet. — Leber den Einmarsch des französischen Generals Girardier in Reil mit den Besatzungstruppen wird nachträglich noch berichtet, daß während des Vorbeimarsches Filmaufnahmen gemacht wurden. Das Verhalten der Reiler Bevölkerung ist so zurückhaltend wie möglich. Nur die Familie des Generaldirektors Leont und die Familie Viebermann hatte als einzige französische Fahnen ausgehängt. Wegen geringfügiger Verletzungen gegen die Franzosen sind schon verschiedene Verhaftungen erfolgt. Ein Fräulein aus Reil, das bei einer Radfahrt mit einem französischen Kraftwagen zusammengestoßen war, wurde sofort verhaftet und erhielt zwei Monate Gefängnis. Die Lehrerin von Ueberheim, die erklärt hatte, sie lasse die „Franzosenkinder“ nicht in ihre Schule, bekam drei Monate Gefängnis. Ferner wurden vier Frauen wegen Verletzungen gegen die Franzosen ins Gefängnis abgeführt.

Zum Ende der Feldpost.

Wir sind von einem Soldaten aus einem Lazarett in Baden-Baden geschrieben: Nach einer kürzlichen Verordnung ist ab 1. Februar die „Feldpost“ aufgehoben, die Soldatenleistungen unterliegen nun wieder den Bestimmungen der Friedenszeit; das Militär ist verpflichtet, die Briefe wieder zu frankieren. Es wäre an und für sich gegen diese neue Einrichtung nichts einzuwenden, ein mal müßte ja die „Feldpost“ ein Ende haben. Soldaten, die in Garnison stehen und ihre Wohnung erhalten, können schließlich auch ihre Post frankieren. Anders ist es aber bei den Massen der Lazarette, die noch nicht wieder hergestellt sind, die vielleicht noch Wochen oder Monate lang dort bleiben müssen. Es ist eine offenkundige Ungerechtigkeit, daß diese Leute nun Porto zahlen müssen. Haben wir denn noch nicht genug gepostet? Der Postverkehr aus den Lazaretten ist doch leicht zu kontrollieren, die hochschätzliche Postverwaltung braucht also doch wirklich keine große Angst wegen eines etwaigen Mißbrauchs zu haben. Die Kranken und verwundeten Kameraden sind sehr erheitert, um so mehr noch, als die Post gleich mit der von jeder Zeit ihr gewohntem Mißlichlosigkeit vorang und vielen Patienten 25 Pf. Straporto abrahm, weil Sendungen noch als Feldpost ankamen. Vielleicht findet sich doch noch eine Rüstung, die sich der Urgleichheit in den Lazaretten erinnert und sich für die Postfreiheit der Verwundeten einsetzt. —

Wir können diese Forderung der verwundeten Soldaten nur aus nachdrücklich unterstützen; es ist einfach eine Ungeheuerlichkeit, den Kameraden nun das Postporto abzuknöpfen; zu ihrem Vorposten seien sie doch auch nicht in den Lazaretten. Weit lieber möchten sie doch beim bei ihren Angehörigen sein, damit sie es nicht mehr nötig hätten, nur schriftlich mit ihnen zu verkehren.

Militärämter. Mit der Verlegung der während des Krieges für Militärämter erforderlichen Stellen soll jetzt sofort begonnen werden. Die Stellenangebote sind dem Bezirkskommando zu Karlsruhe zur Bekanntmachung in den Anstellungsanzeigen zuzustellen.

Der Abschluß von Harzberg. Der französische Kontrollleur für die neue rote Zone hat das Tragen von Schutzmasken durch die staatl. und Vereinskassen verboten und den Abschluß von Harzberg und Sauerwald durch diese Jagdschutzbeamten in der neutralen Zone genehmigt.

Berichtszeitung.

In der Freiheit. Der Landhüter Passus Jäger aus Schellberg hatte eine Zuchthausstrafe zu verbüßen und wurde während der Strafreise durch einen Anmerkerloß für den Rest der Strafe befreit. Als er das Zuchthaus verließ, erhielt er 50 Mk. mit auf den Weg. Diese verwendete er nun, um sich einmal satt zu essen und zu einem guten Trunk. Dann mietet er sich hier in der Herberge zur Heimat ein und stahl einem armen Schlafgenossen in der Herberge seine Habseligkeiten. Das Gericht verurteilte den schon schwer Vorbestraften wegen Diebstahls im Rückfalle zu 1 Jahr 3 Monaten Zuchthaus, abzüglich 1 Monats Untersuchungshaft, und zu 5 Jahren Ehrverlust.

Diebstahl. Der Tagelöhner Ludwig Kimmig aus Oppenau und der Bauer Wilhelm Luchmiller aus Wilsdorfingen verübten in Bergshausen und in Wilsdorfingen eine Anzahl Diebstähle. Sie ergrieffen sich dabei zwei Kaminden (Wegische Riesen), mehrere Gänse einen Schaf, mit dem sie zwei der gestohlenen Gänse forttransportierten, zwei Paar schwarze Strümpfe und 80 Pfund Schweinefleisch an. In Kleinsteinhof stahlen sie aus einem Geflügelhofe zwei Gänse. Den Dieben leistete der Kaiser Wilhelm I. aus Lauf (Amt Bühl), zur Zeit Referent des Ersatzbataillons Infanterie-Regiments 113, Gefühlsrente. Wegen einfachen und erwicherten Diebstahls erlitten die beiden eine Gefängnisstrafe von 1 Jahre 6 Monaten und Zuchthaus eine Gefängnisstrafe von 7 Monaten. Davon gelten je 6 Wochen als durch die Untersuchungshaft verbüßt. Am erhielt wegen Diebstahls 6 Wochen Gefängnis, wovon 5 Wochen durch die Untersuchungshaft verbüßt sind. Am war bisher noch nicht verurteilt, die beiden andern hatten bereits mehrere Strafen erhalten.

Vorjahr auf Katastrophenschutz. Die Ehefrau Marie Schumacher aus Borsdorf gab in Rannbe an, sie könne Katas be- sorgen und ließ sich Vorjahr auf ihre angelegten Versicherungen geben. Mit anderen Strafen zusammen erhielt sie für die e Schwindelbeleidigung der Wanne: Strafkammer eine Gefängnis- straße von 1 Jahre 3 Monaten Gefängnis. Die bürgerlichen Ehrentaxen wurden ihr auf 8 Monate aberkannt.

Soziale Rundschau

Der zehnte Kongress der Gewerkschaften Deutschlands wird von der Generalkommission, einem Beschluß der Vorstand- sondersitzung vom 2. Februar entsprechend, auf Montag, den 30. Juni 1919, nach Nürnberg einberufen. Auf der Tages- ordnung stehen außer der Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten und dem Bericht der Generalkommission noch folgende Tagesordnungspunkte: Beratung vorliegender Anträge; die Arbeitslosenfrage der industriellen und gewerblichen Arbeit- geber und Arbeiter Deutschlands; Veranlassung des De- gressionsgesetzes des Bundes der Gewerkschaften Deutsch- lands; die Sozialisierung der Industrie und der Landwirtschaft. — Die Vertretung auf dem Kongress rechnet sich nach dem vom Münchener Gewerkschaftskongress geschlossenen Be- stimmungen. Anträge, die mindestens von einer Ortsver- waltung oder dem Zentralrat einer angeschlossenen Ge- werkschaft unterstützt werden, sind bis zum 5. Mai 1919 an die Generalkommission einzuwenden.

Dursach, 7. Febr. Auf ungenauem Artikel in der Nr. 30 unseres Blattes vom 3. ds. Mts., in dem wir die Verdienste der Arbeiter des Artillerie-Depots in Kallischfeld besprochen, geht uns vom Personal in Karlsruhe folgende Erwiderung zu: Wenn die jetzt entlassenen Arbeiterinnen darüber klagen, daß sie eine ver- spöchernde Feindungsulage nicht erhalten hätten, so haben sie sich mit dem Wort „verspöchernd“ eines selbstgewählten Ausdrucks bedient. Das Zeugamt ist nicht in der Lage, eine Feindungsulage ohne höhere Bewilligung zu zahlen, demnach auch nicht zu ver- sprechen. Wohl aber ist auf Vorstellung des Arbeiterausschusses hin seitens des Zeugamts — damals Artillerie-Depot — bei es im Oktober 1918 ein Antrag auf Verleihung einer einmaligen Feindungsulage, welcher Antrag im November 1918 wiederholt wurde gestellt worden. Hierauf ist hier Ende Januar 1919 die Entscheidung des Kriegsausschusses eingegangen, dahin lautend: Die Löhne der in den Betrieben der Ersatzverwaltung der Arbeits- Ordnung unterliegenden Personen haben mit den im Laufe des Krieges bestehenden Feindungsulagen übereinstimmend durch wiederholte er- folgreiche Aufstellungen im allgemeinen gleichen Schritt gehalten, sobald der für die Gewährung eines außerschiedlichen einmaligen Kriegszuschusses ein Veranlassung gegeben wurde. Der Kriegszuschuss ist im Oktober und Dezember 1918 zufolge der an- ordnenden Verfügungen des Kriegsausschusses vom 2. Oktober 1918 und 8. Dezember 1918 an auf Annahmehinrichtungen und auf Verzug beschäftigte Personen der Ersatzverwaltung, wozu auch die hiesigen weiblichen Arbeiterinnen gehören, gezahlt worden. Eine Steigerung der Vergütungen dieser Personen ist während des Krieges nie erfolgt. Den hier laut gewordenen Klagen wegen ungedeckter Behandlung seitens eines Vorarbeiters in Kallischfeld ist nachgegangen. Die angeführten Ermittlungen ließen nicht auf ungedeckte Behandlung, sondern nur auf persönliche Mängel der Arbeiterinnen schließen. Dem Vorarbeiter ist bezeugt worden, auch jede persön- liche unrichtige Behandlung im Dienst zu unterlassen.

Bruchsal, 7. Febr. Statistisches der Allg. Ortskrankenkasse (Bruchsal). Der Mitgliederstand der Kasse betrug am 1. Februar 1919 insgesamt 8258 gegenüber 7572 im Vormonat und zwar 4119 männliche und 4139 weibliche Mitglieder. Im Januar 1919. Nach Stadt- und Landbezirk getrennt waren am 1. Februar 1919 in Bruchsal 4378 männlich und 4083 weiblich Mitglieder, in dem zum Kreisbezirk gehörenden 16 Landgemeinden 3889 gegen- über 3196 im Vormonat.

Aus der Partei.

1. Kattstätt, 9. Febr. In der gestrigen Parteiverammlung er- stattete Kassier Helber den Rechenschaftsbericht. Die Finanzlage ist eine erfreuliche trotz der massigen Höhe des hiesigen Pen- sionsbetrages erhöhte sich die hiesige Mitgliederzahl während des vergangenen „Revolutionsjahres“ um 233 Personen! Ein sol- cher Erfolg der Anstren zu neuer Arbeit!

g. Ein Parteiveteran, Karl Siederer in Freiburg i. B., ist am letzten Freitag, 76 Jahre alt, aus dem Leben geschieden. Vor etwa 30 Jahren hat der Herr, würdig aussehende Schwabe in der Preisgattung eine kleine Anekdote mit Ausdank allerbester Getränke betrieben. Außer Studenten, die Gerstenkaffee und „Klo- bersee“ heranzubringen, hat damals mancher unter dem Sozialisten- gisch Geheiß im Lokal des „Bier-Siederer“, wie wir den Gastgeber scherzhaft, oder urantrefflicher Weise nannten, einlebe. Was den Getränken an Würze fehlte, ersetzte der Wirt durch seinen trockenen Humor. So hat der Verstorbenen in früherer Zeit man- chem mit Sorge Beladenen einige frohe Stunden bereitet.

Die Vol'sfreund-Agentur für Offenburg ist mit dem 1. ds. Mts. von Josef Neuburger an Josef Winter, Goldgasse 10, übergegangen. Unser Parteigerosse Neuburger hat die Bilan-

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Sonaten-Abend, Elisabeth Morik (Klavier), Kammermusikerin Julius Schwanzara (Cello). Trotz aller Wärme des Interesses, das man so wertvollen Darbietungen entgegenbringt, muß doch durch Kälte und Holz etwas nachgeholfen werden, besonders wenn draußen Säure fällt. War das vielleicht der Grund, weshalb wir anfänglich im Spiel des Herrn Schwanzara in der Beethoven- Sonate einen geringen Eindruck von Kälte zu verspüren meinten? Die „Begleitung“ von Frau Morik war überaus fein und ihr Piano im ersten Satz war von überraschender Feinheit; trotzdem ging nicht ein Ton verloren. Wir können Frau Morik zu ihren Fortschritten seit ihrem ersten vielversprechenden Auftreten beifalls beglückwünschen. — Bewunderungswürdig war die feine Vogen- technik des Cellisten in der tief empfundenen F-dur-Sonate von Brahms. Der Vortrag des Beethoven'schen Klavierkonzertes schien seiner Spielart besser geeignet. Aber auch das Adagio gab er sehr warm und gefühlvoll wieder. Das Zusammenspiel beider Künstler war loyale und durchweg ungezwungen und natürlich. — Das gilt auch besonders für den Vortrag des Strauss-Werkes. Die Reife des Programms war durch die merkwürdige Steigerung äußerlich sehr gut gemalt. Außerhalb! Wenn Strauss blendend spielt — wie immer. Mit der Erkundung allen ist es nicht getan. Ihm fehlt das Mehr als nur Erkundung. Doch die nach jeder Hinsicht voll- endete Wiedergabe, für die gerade das Werk manche Gefahr birgt, machte die Sonate (ebenfalls in F-dur) zu einem ganz aus- erlebten Genuß. Und — vor allem! — sie spendete Wärme, was wir nach der Pechkorn-Periode nur zu sehr brauchen. Jeder- falls, der Abend war ein bedeutendes Ereignis im hiesigen Kunstleben. Vivant sequentes! S. K.

geschäfte des „Vol'sfreund“ 20 Jahre mit großer Umsicht und Aus- dauer bezeugt. Diese letztere Eigenschaft hat er besonders wäh- rend der Kriegszeit nötig, weil die Zeitungsbedingungen nicht selten mit Verzögerungen in Lützenburg eintrafen, wofür der gewöhnliche Mann manches bittere Wort von ungedulden Lesern des Blattes hören mußte, obwohl er an der verzögerten Zustellung gänzlich unschuldig war. Wir möchten nicht veräumen dem Herrn genossen Neuburger und seiner Frau, auch an die Stelle den Dank für die vielfache, aufopfernde Tätigkeit im Dienst des Parteiblattes auszusprechen.

Der Verband sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen Pommerns, Geschäftsstelle Münden, Agnesstr. 20, bittet, bestehende sozialistische Lehrerverbände im Namen des Verbandes, Vor- standesrat, Geschäftsstelle und Mitgliederstand mitteilen zu wollen. Statuten, Programme, Flugblätter wären sehr wertvoll.

Kommunalpolitik.

Wahlsonntag in Gengenbach. Gengenbach, 4. Febr. Die industriellen Betriebe führen von heute ab den achtstündigen Arbeitstag ein. Man hat sich lange genug gegen die bezügte Arbeitszeit gestraut. Daß sich die Unternehmer dagegen wehren, ist wie immer nicht verwunderlich; daß aber auch Arbeiter gegen den achtstündigen Arbeitstag sind, ist ein man doch nicht für möglich halten. Man hat auch hier und da verlauten lassen, daß der Lohn für den achtstündigen Arbeitstag nicht gegeben darf, so ist doch zu befürchten, daß von Unternehmenseite mancher versucht wird, die Arbeiter zu lassen, daß sie keine 10 und 11 Stunden mehr arbeiten. Die Löhne sind hier herab, daß ein Abzug auch gar nicht gemacht werden kann. An der Papierfabrik werden für Männer noch 4 Mark Tagelohn bezahlt. Daß ein Arbeiter, selbst ein lediger, nicht mit einem derartigen Lohn je auskommen kann, ist klar; viel weniger noch reicht es einem Mann, der eine Familie zu ernähren hat. Aber so ist es, wenn die Arbeiter sich um ihre wirtschaftliche Verbesserung nicht kümmern und ihrem Verbandsangehörigen keine Forderungen stellen, was er will. Wirten herum schimpfen und an anderen den Vorwurf machen, das sollten die Leute doch schon längst begriffen haben. Wo ihr Arbeiter aufgewacht! Es darf keiner dem anderen den Vorwurf machen; zusammenhalten und organisieren müßt ihr Euch, dann wird's bald besser werden für jeden.

Milchwirtschaft überall. Gengenbach, 8. Febr. In einem Artikel im „Kingsboten“ wird lebhaft Klage geführt über die Lebensmittelpreise in hiesiger Stadt. Es wird da bemerkt, daß der Ortsausgang der mit der Verteilung betraut ist nicht funktioniert, daß die Herren nicht wissen, wann sie das letzte Mal Milch gekauft haben. Doch unter solchen Umständen allerdings gemacht wird, was nicht im Interesse der Allgemeinheit liegt. Diese Verhältnisse bilden hier das Tages- gespräch. Auf der einen Seite, wo man sich leisten kann, herrscht kein Mangel und lebt man wie in tiefsten Frieden in den guten alten Tagen. Auf der anderen Seite ist die Armut und der Hunger. Von einer Bauerndemokratie im „König“ wird ge- sagt, daß alles in Hülle und Fülle vorhanden war. Der Artikel- schreiber im „Kingsboten“ hat verstanden, was er ihm auch nicht bekannt, daß noch ein ähnliches Geschehen im gleichen Sinne statt und. Auch die Löhne sind bei den fleischlosen und fatten im Ueberfluß. Diese Verhältnisse sollte ein Feind sein für die be- stimmten Kreise. Die Einleitung für diese Zeit auch nicht öffentlich, sondern alles wurde im Geheimen vorbereitet; man muß also annehmen, daß nicht alle Kreise gleich weit sind, sondern daß es ein sehr großer Unterschied besteht. Es ist eben da gerade so, wie es draußen im Felde par. Dort hat man uns auch die guten Broden vorenthalten und weggeholt; jetzt kommt man heim und sieht, daß man auch da nur für gewisse Leute etwas hat, die anderen mögen sehen, wie sie auskommen. In einer Me- gersdorf wird für ein Pfund Butter 2 Mark verlangt, obwohl der Höchstpreis 1.10 M ist. Ueber die Pferde- und Gatterei, die im Anfang des Bestehens zur Zurückberück der hiesigen Konjunktur funktionierte hat, werden bittere Klagen geführt, weil Fleisch und Butter nach auswärts geht und manche Leute hundelang vergeblich auf Fleisch und Butter warten. Der Milchreis hat einen derartigen Aufschlag erfahren, wie man es bis jetzt noch nicht erlebt hat. Jetzt müssen wir für das Bier Vollmilch in der Ver- kaufsstelle Led 80 Pfennige bezahlen (mit Karte). Ohne Karte kostet das Bier 90 Pf. Also wer Geld hat, hat auch Milch. Kranke Leute, denen der Arzt Krankenloft verschrieben hat, können wochenlang warten, bis der Kommunalverband be- stätigt hat, daß der Kranke auch wirklich ein Pfund Kaffersiden oder ein Pfund Bienenhonig bekommt. Die Erbitterung und Empörung über die standesmäßigen Zustände ist groß und sehr oft kann man es von der Leuten hören, daß, wenn es nicht bald anders wird, nach dem „Rezept Scharia“ verfahren wird.

Lebensmittelpreise, 2. Febr. Unhaltbare Zustände herrschen hier bei der Lebensmittelpreise, es besteht ein System, das jeder Verbraucher hat. Konnen der Lebensmittel zur Ver- teilung, so weiß in den meisten Fällen der größte Teil der Ein- wohner nicht was; kommt man dann in den Geschäft, so erfährt man es in den meisten Fällen zu spät. Die hiesigen Kaufleute erhalten die meisten Waren und es ist da bei der Verteilung der Waren für die Verteilung, es gibt in den meisten Fällen ein pro Kopf 80 Gr zu 5 M das Pfund. In einem Geschäft erhält eine neunköpfige Familie 1 Pfund. Es müßte ein Käufer auch in einem Geschäft für 80 Gr. 1 M bezahlen. Unserer Rechnung nach sind 40-50 Pfund übergeblieben, wir fragen hiermit öffentlich an, wer hat denn diese erhalten? Wie mit dem Kaffe, so ist es mit den meisten Artikeln. Waschen die Leute die Geschäftskasse darauf aufmerk- sam, dann bekommt man die Antwort: Ihr bekommt das nächste Mal. Kommt aber z. B. ein milderwertiges Erzeugnis, so heißt es, ihr müßt so und so viel nehmen. Auch meistens die Sparten von den Dächern, daß man sich gar nicht oder nur ein wenig zu den Geschäftskassen kommt; wie könnte es auch sonst vorkommen, daß die „Herren“ Käse bekommen haben, während die übrige Bevöl- kerung leer ausging. Bei hat es seit März vorigen Jahres über- aus vieles mehr gegeben. Aufklärung tut hier not. Hofflich- lich hört man Frauen die Äußerung: wir haben geglaubt, wenn die Männer vom Felde daheim sind, hört der Soldatman auf, aber es geht gerade so weiter.“ Es liegt eben an dem auf dem Rathaus herrschenden System. Und nur, wenn da oben eine Veränderung eintritt, ist auch eine Verbesserung in der Lebensmit- telversorgung zu erwarten. Es werden bald die Gemeindevor- stande; da haben es die Bürger, die Männer und Frauen, in der Hand, dafür zu sorgen, daß dieses System beseitigt wird und Männer aufs Rathaus kommen, die einzig und allein nur das Wohl der Gemeinde und Bürgerchaft im Auge haben.

Kriegsflucht in Kallisch. Im Jahre 1918 haben in Kattstätt 868 Familien von Kriegsteilnehmern Unterstützung auf Grund des Kriegsgesetzes vom 4. August 1914 erhalten (im Jahre 1917: 790 Familien, im Jahre 1918: 910 Familien, im Jahre 1919: 770 Familien). Die Unterstützung betrug bis 1. November für die Ehefrau monatlich 25 M, für die ersten zwei Kinder je 18 M, für jedes weitere Kind und für die über drei Kinder je 11 M; seit 1. November beträgt sie für die Ehefrau monatlich 30 M, für die ersten zwei Kinder je 18 M, für jedes weitere Kind und für die über drei Kinder je 11 M. An Unterstützungen wurden im

Jahre 1918 insgesamt 453.697 M (im Jahre 1917: 378.985 M, im Jahre 1916: 295.200 M, im Jahre 1915: 188.757 M) ausbezahlt. Im Jahre 1918: 236.200 M, im Jahre 1915: 148.841 M) zu ersehen, im Jahre 1916: 236.200 M, im Jahre 1917: 23.289 M, im Jahre 1918: 59.000 M, im Jahre 1915: 29.515 M) dem Kriegsausschuss, der aus Familien zum amtsgericht Kallisch gehörigen Gemeinden be- zugsurteil zur Last ließen. Zu der rechte eglieen Familienunter- stützung wurden im Jahre 1918 am 8. August 1918 552 M aus- bezahlt (im Jahre 1917: 10.811 M, im Jahre 1916: 10.811 M, im Jahre 1915: 11 Familien 3226 M, im Jahre 1914: 11 Familien 3305 M), an 11 Familien 3226 M, im Jahre 1915: 11 Familien 3305 M), 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, und zwar insgesamt 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1918: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1917: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1916: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1915: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1914: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1913: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1912: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1911: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1910: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1909: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1908: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1907: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1906: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1905: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1904: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1903: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1902: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1901: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1900: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1899: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1898: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1897: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1896: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1895: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1894: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1893: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1892: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1891: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1890: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1889: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1888: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1887: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1886: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1885: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1884: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1883: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1882: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1881: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1880: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1879: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1878: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1877: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1876: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1875: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1874: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1873: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1872: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1871: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1870: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1869: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1868: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1867: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1866: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1865: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1864: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1863: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1862: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1861: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1860: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1859: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1858: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1857: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1856: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1855: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1854: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1853: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1852: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1851: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1850: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1849: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1848: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1847: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1846: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1845: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1844: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1843: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1842: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1841: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1840: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1839: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1838: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1837: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1836: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1835: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1834: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1833: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1832: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1831: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1830: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1829: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1828: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1827: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1826: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1825: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1824: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1823: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1822: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1821: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1820: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1819: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1818: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1817: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1816: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1815: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1814: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1813: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1812: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1811: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1810: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1809: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1808: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1807: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1806: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1805: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1804: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1803: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1802: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1801: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1800: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1799: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1798: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1797: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1796: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1795: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1794: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1793: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1792: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1791: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1790: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1789: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1788: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1787: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1786: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1785: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1784: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1783: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1782: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1781: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1780: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1779: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1778: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1777: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1776: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1775: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1774: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1773: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1772: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1771: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1770: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1769: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1768: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1767: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1766: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1765: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1764: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1763: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1762: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1761: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1760: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1759: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1758: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1757: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1756: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1755: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1754: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1753: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1752: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1751: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1750: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1749: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1748: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1747: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1746: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1745: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1744: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1743: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1742: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1741: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1740: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1739: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1738: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1737: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1736: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1735: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1734: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1733: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1732: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1731: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1730: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1729: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1728: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1727: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1726: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1725: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1724: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1723: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1722: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1721: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1720: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1719: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1718: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1717: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1716: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1715: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1714: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1713: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1712: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1711: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1710: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1709: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1708: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1707: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1706: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1705: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1704: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1703: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1702: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1701: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1700: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1699: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1698: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1697: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1696: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1695: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1694: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1693: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1692: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1691: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1690: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1689: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1688: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1687: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1686: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1685: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1684: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1683: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1682: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1681: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1680: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1679: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1678: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1677: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1676: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1675: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1674: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1673: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1672: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1671: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1670: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1669: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1668: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1667: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1666: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1665: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1664: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1663: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1662: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1661: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1660: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1659: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1658: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1657: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1656: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1655: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1654: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1653: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1652: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1651: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1650: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1649: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1648: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1647: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1646: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1645: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1644: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1643: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1642: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1641: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1640: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1639: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1638: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1637: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1636: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1635: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1634: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1633: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1632: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1631: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1630: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1629: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1628: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1627: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1626: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1625: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1624: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1623: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1622: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1621: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1620: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1619: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1618: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1617: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1616: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1615: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1614: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1613: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1612: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1611: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1610: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1609: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1608: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1607: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1606: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1605: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1604: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1603: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1602: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1601: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1600: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1599: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1598: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1597: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1596: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1595: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1594: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1593: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1592: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1591: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1590: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1589: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1588: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1587: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1586: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1585: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1584: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1583: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1582: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1581: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre 1580: 30 Arbeiterinnen erziehen und 20 Arbeiterinnen, im Jahre

Aufruf.

Dunkles Kriegsgewölke zieht weiter herauf. Alle Hoffnungen auf den lang-ersehnten Frieden können in den nächsten Wochen zunichte werden.

Der Vorkriegszustand ist weiter. Es geht nicht mehr um Berlin all in. Die Bolschewistische Welle droht ganz Deutschland zu überfluten.

Mit Hochdruck arbeitet der russische Bolschewismus an der Verleumdung der deutschen Revolution, um sie in einer kommunistischen Revolution aufgehen zu lassen. Radek, der Propagandachef des russischen Bolschewismus bleibt mit einem ganzen Stab von Agenten und führenden Männern der russischen Sowjet-Republik in Deutschland, um das irreführende deutsche Proletariat in einen neuen Weltkrieg gegen die Entente zu treiben. Die deutsche Spartakusbewegung ist nur ein Werkzeug in der Hand der bolschewistischen Auslandspropaganda.

Ueber unserer deutschen Heimat schwebt die Gefahr, daß sie beim Zusammenbruch des russischen Bolschewismus mit den Staaten des Westens zum Kriegsschauplatz wird. Die bolschewistische Heere stehen schon dicht vor Ostpreußens Grenzen.

Unter dem Druck vom Osten und unter dem Druck der wirtschaftlichen Not wird im Innern Deutschlands die bolschewistische Revolution lebend erblühen. Deutschland droht zu wackeln in Welt und Süd einerseits, die der Entente verfallen, und Nord und Ost andererseits, die unter den Terror des russischen Bolschewismus geraten, und beide Teile werden beim bevorstehenden Kampf als Vortrupp mißbraucht werden.

Deutschland brennt!

Aus der Not des Weltkrieges und der Revolution, aus der wirtschaftlichen Auflösung des Volkskörpers und aus der geistlichen Verleumdung der Massenbewegung ist der Bolschewismus als rohe Gestalt erwachsen, die den letzten Rest des Besten an der deutschen Vergangenheit und das Fruchtbare an der deutschen Revolution zu vernichten trachtet. Eine Rettung ist nur möglich, wenn ganz Deutschland in dieser Stunde über allen Parteigabeln, Standesunterschied, Klassengegensatz hinweg die Abwehr der

bolschewistischen Gefahr des Ostens zum Schutze der eigenen Kultur mit aller Energie aufnimmt, wenn Deutschland im Kampf gegen den Bolschewismus sich einig fühlt und diese Einigkeit nach Ost und West behauptet.

Deutschlands gegenwärtige Aufgabe besteht darin: der Barbarengesahr des Ostens, die in Gestalt des russischen Bolschewismus heraufzieht, mit aller Macht zu begegnen. Nur wenn wir Deutsche uns behaupten, wird die abendländische Kultur gerettet werden können.

Noch ist es Zeit!

An alle Parteien, an alle Stände, an alle Stämme des Deutschen Reiches ergeht deshalb der Ruf:

Schließt Euch zusammen!

Schafft eine Volksbewegung zum Schutze der deutschen, der europäischen Kultur, eine Liga von geistigen Kämpfern gegen den Weltbolschewismus. Setzt den deutschen Staat der sozialen und kulturellen Erneuerung der Anarchie des Ostens entgegen.

Antibolschewistische Liga

Zentralbüro Berlin W 35, Lützowstr. 107.

Bankkonto der Mitteldeutschen Creditbank, Depositenkasse D, Berlin, Potsdamerstraße 116. 1075

Dr. Eduard Stadler. Siegfried Doerschlag.

Bekanntmachung.

Im Hundewinger des städt. Wachenmeisters, Schlachthausstraße 17 (zwischen Kaiserne und Eisenbahn), befinden sich nachstehende herrliche Hunde:

1. Dogge, männl.
2. Fokermannshard, männl.
3. Weizker, männlich.
4. Wolfshund.
5. Jagdhund.

Dieselben werden, falls sie nicht innerhalb 8 Tagen vom Eigentümer abgeholt sind, getötet.

Karlsruhe, 8. Februar 1919
Städtisches Schlacht- und Viehhofamt.

Zum alsbaldigen Eintritt suchen wir:

1. Tiefbautechniker für Entwurfsbearbeitung und Bauaufsicht mit Baugewerkschulervorbildung; ferner

1. Vermessungssachverständigen mit mehrjähriger praktischer Tätigkeit im baulichen Vermessungswesen und Kenntnis nivellierender Arbeiten.

Meldungen mit kurzgefaßtem Lebenslauf, Zeugnisse und Angabe der Gehaltsansprüche bis spätestens

22. Februar 1919
an
Städtisches Tiefbauamt
Karlsruhe.

Uhren

Reparaturen werden unter Garantie pünktlich und billig ausgeführt.

Josef Klaus, Uhrmacher,
Rüppurrerstraße 20.

Rückgabe von Entlassungs-Anzügen.

Das Kriegsministerium hat sich damit einverstanden erklärt, daß brauchbare Entlassungsanzüge, die den Mannschaften bei ihrer Entlassung verabsolgt worden sind, durch die Militärverwaltung zurückgekauft werden können.

Die Bekleidungsstücke werden von jedem Bezirkskommando oder Truppenteil gegen Erstattung des Abkühlungswertes in Grenzen der Selbstkostenpreise entgegen genommen.

Landesausschuss V. d. Gen.-Kds.
Badischer Soldatenräte. Der Chef des Stabes:
J. W. Gudowius,
Siegwarth. 763
Maier.

Tierliebverein Karlsruhe.

Die 43. ordentliche Haupt-Versammlung

des Tierliebvereins Karlsruhe findet am Mittwoch, den 12. Februar d. J., abends Punkt 8 Uhr, im Nebenzimmer der „Vier Jahreszeiten“, Sebelstraße 21, mit folgender Tagesordnung statt:

1. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit des Vereins.
2. Bericht des Rechners über die Jahresrechnung.
3. Entlassung des Vereinsvorstandes und des Rechners auf Grund des Beschlusses der Versammlung.
4. Wahl zweier Rechnungsprüfer.
5. Anträge und Wünsche.

Wir laden unsere Mitglieder und Freunde des Tierliebvereins hierzu herzlich ein.

Karlsruhe, den 21. Januar 1919.

Der Vorstand: Friedrich Warrel.

Deutsch-Österreicher!

Landsleute!

Die Entwicklung des neuen deutschen Staates macht es auch uns zur Pflicht, an dem Aufbau desselben tätig zu sein. Gestützt darauf, was deutsch-österreichische Soldaten auf allen Schlachtfeldern dieses mordenden Völkerringens geschaffen haben und darauf, daß die Deutsch-Österreicher allein die Bundestreue gehalten haben, sind wir berechtigt, die Anerkennung auch unserer Wünsche durch die deutsche Nationalversammlung zu verlangen.

Landsleute!

Am 2. Februar 1919 wurde der Bund der Deutsch-Österreicher für Württemberg, Baden und Hohenzollern analog denjenigen in den andern deutschen Bundesstaaten errichtet. Pflicht eines jeden deutsch-österreichischen Mannes und einer jeden deutsch-österreichischen Frau ist es, durch Beitritt zu diesem Bunde unsere Art zur Geltung zu bringen und vollkommene Berücksichtigung der Deutsch-Österreicher zu sichern.

Die unterfertigte Bundesleitung nimmt Beitritts-Anmeldungen zum Bunde von Einzelpersonen und den Anschluß bereits bestehender Vereinigungen dieser Richtung entgegen und erteilt alle näheren Aufschlüsse; z. Zt. Stuttgart, Kronenstraße 45, 1.

Die Bundesleitung: Hans Höllwarth.

Kupfer, Messing, Blei,
Zinn, Zinn, Nickel,
Neusilber
kauft 1038
Kaiser, Ludwig Wilhelmstr. 8.

Fahrräder

Die Besitzer der bei Kriegsbeginn der Transportmittelabteilung des roten Kreuzes in hochherziger Weise zur Verfügung gestellten

werden, soweit sie ihre Räder dem roten Kreuz noch nicht geschenkt-weise überlassen haben, hierdurch aufgefordert, bis zum 1. März dieses Jahres ihre Ansprüche auf Rücklieferung der Räder gegen Aufgabenerklärung bei der Vertriebsabteilung des roten Kreuzes (Stefanienstraße 76 im Hof links) geltend zu machen.

Soweit dies bis zu dem genannten Termin nicht geschieht, wird angenommen, daß die Besitzer auf Rücklieferung der durch den mehrjährigen Gebrauch stark abgenutzten Räder, sowie auf Entschädigung verzichten.

Allen denen, die durch Heterlassung ihrer Fahrräder an das rote Kreuz zum schnelleren und bequemeren Transport Tausender von Verwundeten mitgewirkt haben, sei hierdurch nochmals warmstens gedankt.

Die Transportmittel-Abteilung des roten Kreuzes.

Nach meiner Entlassung aus dem Heeresdienste habe ich meine Praxis in vollem Umfange wieder aufgenommen.

Dr. Eisenlohr, Kriegsstraße 53
(beim Karistor).
Sprechstunden 2 1/2 bis 4 Uhr.

Taschenuhren

auch reparaturbedürftig, kauft

Levy, An- u. Verkaufsgeschäft
Markgrafenstraße 22.

Möbl. Zimmer

zu mieten gesucht. Stadtteil betorragt. Offert unter W. an die Exped. d. S. Volksfreund.

Verband der Maler u. w. Berufe.

Am Dienstag, den 11. Februar, nachmittags 5 Uhr, findet in der Wirkstätte zum „Auerhahn“, Schützenstr. 58, unsere diesjährige

General-Versammlung

statt.

Tagesordnung:

1. Bericht über die Tarifverhandlungen in Berlin: Kolb, v. P., Bezirksleiter.
2. Bericht über die Filiale Karlsruhe während des Jahres: Kell, Behring.
3. Neuwahl des Gesamtvorstandes.

Hierzu laden wir unsere Mitglieder mit der Bitte um pünktliches und pünktliches Erscheinen freundlichst ein.

1976 Der Vorstand.

Daniels Konfektionshaus

Karlsruhe, Wilhelmstraße 34, 1. Treppe

Winter-, Rips- und Seidenmäntel
Jackenkleider, Röcke, Blusen
Seiden- und Voilekleider
Konfirmations- und Kinderkleider
PELZE und Plüschgarnituren.

Billige Preise. Alles ohne Bezugschein